

Ihr Spezialist für Bankrecht, Wirtschaftsrecht und Arbeitsrecht

10707 Berlin Sächsische Str. 22

Tel. 030 21234164 oder 015202099626

Fax 030 33935963 ; ra_dr_eickhoff@web.de

Web : <http://wolfgang-eickhoff.de>

Die Emotionen schlagen hoch, nicht nur in Griechenland, auch in Deutschland. Hier gehen gerne ein paar wirtschaftliche und juristische Fakten unter. Eine politische Stellungnahme will ich hierzu nicht abgeben. Diskutiert wird immer mit hohem moralischen Anspruch: man müsse die Demokratie – der Griechen - verteidigen, überhaupt seien die Banken viel zu gut weggekommen im Rettungspaket 2012, „man“ (der Deutsche Bundestag?) solle den Griechen doch ihre 2 Milliarden € für soziale Maßnahmen gönnen. usw. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass wir mehr innenpolitisch argumentieren und manche schlicht eine Abrechnung mit der Bundeskanzlerin wollen, der man ihre (?) Niederlage in Griechenland durch die Wahl des Linksbündnisses wünscht. Ausgangspunkt der Aufregung ist dabei etwas ganz Normales: Die Bundesregierung hat durch eine gezielte Indiskretion klargestellt, dass sie sich nicht erpressen lassen will und ihre frühere Haltung: „alternativlos“ und unbedingt um jeden Preis für eine Mitgliedschaft Griechenlands im Euro gestrichen hat. Mehr nicht.

Doch bleiben wir bei den Fakten: Es ist richtig, dass beim 1. Rettungspaket ein Großteil der griechischen Darlehen letztlich von den Banken weg zu den öffentlichen Kreditgebern verlagert wurden, bei denen schon damals nicht ernsthaft mit einer vollständigen Rückzahlung gerechnet werden konnte. Richtig ist auch, dass danach aus diesen Rettungsgeldern viele Darlehen von europäischen und anderen Banken bedient wurden, die von öffentlichen Kreditversicherern wie in Deutschland Hermes durch staatliche Exportbürgschaften abgesichert waren. Wäre nicht umgeschuldet worden, hätte die öffentliche Hand in Deutschland, Frankreich usw. diese Bürgschaften bedienen müssen.

Griechenland schuldet Banken, seien es deutsche, amerikanische, schweizerische oder anderen kaum mehr Geld. Die Gläubiger Griechenlands heute sind Euro-Staaten, der europäische Rettungsfonds EFSF und der Internationale Währungsfonds IWF. Offiziell werden die öffentlichen Schulden Griechenlands mit rund 260 Milliarden € beziffert, wobei einige Euro-Länder zusammen rund 53 Milliarden € direkt geliehen haben, Hilfgelder aus dem Euro-Rettungsfonds EFSF 141,8 Milliarden € betragen und der IWF, der Internationale Währungsfonds noch einmal rund 50 Milliarden beigesteuert hat. Deutschlands ist insgesamt mit rund 54 Milliarden € dabei. Alle Teilnehmer spielen beim anstehenden großen Poker eine Rolle, wobei gerade der IWF ein besonderes Problem darstellt, weil die Mitgliedsstaaten wie Indien usw. gar nicht einsehen, warum sie reiche Euroländer retten sollen. Die Amerikaner, Schweizer und Briten u.a. usw. haben von der Rettung Griechenlands indirekt profitiert. Ihre Banken, Versicherungen usw. hätten sonst stark mitgelitten.

Richtig ist weiter: Griechenland hat de facto vermutlich in den nächsten Wochen **zusätzliche Kreditaufnahmen** nötig. Diskret kann es sich aufgrund der Euro-Sicherungsmechanismen der EZB (Europäischen Zentralbank) wie schon Zypern u.a. über kurzfristige Kreditlinien bei der EZB Geld verschaffen (Liquiditätsfazilitäten genannt). Dies bedeutet im Klartext, dass die Griechische Nationalbank, wenn sie keine Euros mehr besitzt, um ihre Banken und damit indirekt den Staat für seine Zahlungen mit Euros versorgen zu können, sie sich fehlende Euros bei der EZB gegen mehr oder weniger werthaltige Sicherheiten leihen kann. Diese Ausleihungen sind nur theoretisch kurzfristig aufgenommen. Sie erhöhen die Verschuldung Griechenlands gegenüber der Euro-Zone indirekt erheblich. Wir müssen daher davon ausgehen, dass die Gesamtverschuldung der öffentlichen Hand Griechenlands sich weit über die 260 Milliarden € in den nächsten Wochen hinaus entwickelt. Für Ausfälle bei der EZB haften die Mitgliedsstaaten der EZB, also die Euro-Staaten, in letzter Instanz.

Theoretisch gibt es auch kein Austrittsrecht oder ein Recht, Griechenland aus dem Euro auszuschließen, selbst wenn dies aus welchem Grund auch immer wünschenswert oder unvermeidbar werden kann. **PRAKTISCH** ist die Macht des Faktischen aber ganz einfach einzusetzen: Die EZB müsste nur die gerade erklärten kurzfristigen Darlehen an die Griechische Nationalbank beenden und „ihren Geldhahn zudrehen“. Dies müsste sie eigentlich ohnehin, wenn die Rückzahlung nicht gewährleistet ist. Damit stünde Griechenland unmittelbar vor dem Staatsbankrott und müsste Drachmen ausgeben. De facto hätte es dann den Euro verlassen. Vermutlich wollen dies die EZB und die Finanzminister nicht, weil sie dann „faule Kredite“ in den Büchern der EZB und zuhause hätten.

Eine andere Frage ist es dann, ob nach einem möglichen Ausscheiden der Euro geschwächt würde. Ich persönlich glaube dies nicht und stehe damit nicht allein. Wie bei Firmen kann es sinnvoll sein, die schwächsten Teile herauszulösen, um den Rest stärker zu machen. Ob dies politisch gewollt ist, weil etwa Länder wie Russland versuchen, die EU ohnehin möglichst zu spalten, ist eine andere Frage.

Jedenfalls ist mit einem Ausscheiden aus dem Euro **nicht** verbunden, dass Griechenland automatisch **auch die EU** verlassen müsste. Hierzu werden sicherlich noch zahlreiche teure Gutachten erstellt werden. Ein Ansatz für einen Zwang zum Ausscheiden könnte die Verletzung europäischer Verträge sein, zu denen auch die über den Euro für die Mitgliedstaaten gehören. Griechenland und wohl auch die EU haben hieran aber wohl kein Interesse: Die EU aus politischen Gründen und Griechenland deshalb, weil es in erheblichem Umfange von Förderprogrammen für die Landwirtschaft, Strukturmaßnahmen und dergleichen profitiert. Es ist eher so, dass die weitere Mitgliedschaft in der EU das Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro, wenn es denn gewollt oder unvermeidlich werden sollte, für die Griechen selbst deutlich die Währungsturbulenzen um Griechenland abfedern könnte.

Nun wird es an den Politikern und Zentralbankmanagern im großen anstehenden Poker liegen, zu einer Lösung zu kommen. Ich wage zu behaupten, dass die juristischen Aspekte, die vor allem von uns Deutschen gerne ins Feld geführt werden - irgendwie sind wir ja alle Juristen -, in den Hintergrund treten werden. Die Entscheidungen müssen zwischen wirtschaftlichen, politischen, nicht zuletzt Bilanzfragen der EZB und der Gestaltung der Haushalte der Mitgliedstaaten (schwarze Null? 3%-Grenze?) gefunden werden. Denn wenn Verluste offenkundig werden, muss irgendjemand dafür einstehen. Ewig kann man das Thema auch nicht verschieben, Änderungen beim Zins bieten sich nach den starren Bilanzierungsmethoden beim Staat („Kameralistik“) an. Andererseits wird man auch den Frust der Griechen zur Kenntnis nehmen müssen, ihr Volksvermögen wie Flughäfen usw. nicht unter Wert an ausländische Investoren aus China usw. verschleudern zu wollen und persönlich nach einem Jahr praktisch jede soziale Absicherung zu verlieren. Der Frust der anderen Europäer nicht zuletzt über mäßigen Erfolg bei der Verfolgung von Steuerschuldern in Griechenland bietet das Gegengewicht.

Wenden Sie sich an einen Anwalt, der die Fragen aus der Praxis als Anwalt und aus der Bankwelt kennt! Ihr Dr. Eickhoff aus Berlin